

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896**

36 (22.1.1896) Mittagblatt

# Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Mittwoch, 22. Januar.

Mittagblatt.

№ 36.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### \* Englische Politik.

Wenn auch die Ankündigungen mancher englischer Blätter, daß in Folge der Haltung Deutschlands in der Transvaalangelegenheit ein enger Anschluß Englands an die französisch-russische Entente vorzuziehen sei, als Uebertreibungen bezeichnet werden müssen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß gewisse Vorgänge während der letzten Phasen der internationalen Politik auf die Richtungslinie des Kabinetts von St. James eine merkliche Rückwirkung ausübten. Die Transvaalaffäre bildet hierfür keineswegs das einzige ursächliche Moment, sondern nur das letzte, allerdings auch das greifbarste Glied in einer Kette von Ereignissen, welche allmählich zu jener Verschiebung führten. In den englischen Regierungskreisen, namentlich innerhalb der konservativen Partei, hatte man die Auffassung gehegt, daß gewisse Gegensätze zwischen der englischen und der deutschen Kolonialpolitik, welche bei dem enormen Umsatze des britischen Kolonialgebietes als verschwindend erscheinen, eine freundschaftliche Kooperation beider Länder nicht unmöglich machen. Die Ereignisse der letzten zwölf Monate, namentlich die Stellungnahme Deutschlands in Ostasien und in der armenischen Affäre haben jedoch allmählich diese Ansicht als verfehlt erkennen lassen. Es ist, wie uns geschrieben wird, nicht zu bezweifeln, daß man in London die Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich wünscht, wozu durch die eben erfolgte Regelung der Mekong-Frage ein nicht unwesentlicher Schritt geschehen ist. Auch über die afrikanischen Differenzen beider Länder hofft man in London zu einer Verständigung zu gelangen. Als eine weitere Folge der dargelegten Erwägungen ergibt sich für die englische Regierung die Notwendigkeit eines nachgiebigeren Verhaltens gegenüber den Vereinigten Staaten in der venezuelischen Frage. Dies ist bereits in Lord Salisbury's Zusage der baldigen Veröffentlichung aller auf die venezuelischen Grenzstreitigkeiten bezüglichen Dokumente betätigt worden und man hofft in London nunmehr auf die freundschaftliche Lösung der Differenz in einer die Unionsregierung zufriedenstellenden Weise, wahrhaftig durch direkte Verständigung mit Venezuela. Schließlich wird auch eine Verständigung mit Rußland über die ostasiatischen Interessen beider Länder als Ergänzung des Uebereinkommens über die zentralasiatischen Interessensphären in Aussicht genommen. Es wird jedoch in der uns vorliegenden Londoner Korrespondenz ausdrücklich betont, daß durch die geänderte Haltung Englands zu den bezeichneten Staaten seine freundschaftlichen Beziehungen zu den Dreimächten nicht beeinträchtigt werden sollen. Das Ziel der englischen Politik sei vor allem die Erhaltung des Weltfriedens und das englische Kabinet wolle sich bloß die Freiheit wahren, bei allen etwaigen Verwicklungen je nach den augenblicklich liegenden Verhältnissen seinen Einfluß zu diesem Zwecke auf der einen oder anderen Seite in die Waagschale zu werfen.

## Feuilleton.

### Großherzogliches Hoftheater.

#### „Nathan der Weise“ von Lessing.

Man braucht nicht immer wieder auf die religiösen und konfessionellen Gegensätze unserer Zeit hinzuweisen, um aus ihnen zu beweisen, daß ein Werk wie Lessing's Nathan, eines der feinsten Bücher in der dramatischen Literatur Deutschlands, niemals von der Bühne verschwinden soll. Und man braucht auch nicht die Sturmfluth von Büchern und Broschüren, die dieses reifste Werk eines einsamen Geistes hervorgehoben, zu durchstöbern, und sich aus ihnen eine Blütenlese von mehr oder weniger bedeutungsvollen Phrasen darüber zusammenzustellen, wenn man sich ein festes und lautes Urtheil über den Nathan bilden und ihn nach seinem Werthe für unsere Zeit abschätzen will. Lessing's dramatisches Gedicht, mit dem er, der verbittert und vergnügt durch Sorgen und Enttäuschungen, noch einmal auf seiner alten Kanzel, dem Theater, ungehörig über sein Ideal der Toleranz predigen wollte, das Werk, das er mehr die Frucht der Polemik als des Genies nannte, ist eines von jenen seltenen Büchern, in denen die Erziehung des Menschengeschlechts zur Duldsamkeit und zum Verständnis der allein wahren Religion der Liebe, in einer so gewaltigen Sprache und so geklärt von allen Schladen kleinlicher Unverträglichkeit verkündigt wird, daß es für alle Zeiten seine Gemeinde finden wird, denn mit dem, was der Dichter hier sagen will, ist er uns um Jahrhunderte vorausgeeilt, und wenn es uns auch schwer wird, an eine Zukunft des Friedens zu glauben, wenn wir auch meinen, nur im steten Kampfe der Geister stärke sich unsere Kraft zur höchsten Bethätigung, der Botschaft einer Zeit, wo alle Gegensätze verschwunden sind, lauschen wir doch gerne, wenn sie uns ein Lessing verkündigt. Freilich, die Frage ist, ob unsere Zeit gerade die Fähigkeit hat, den reinen und echten Gehalt des „Nathan“ zu erfassen. So viele Freunde und Verehrer er findet, so viele Gegner hat er auch heute noch; der Mann, der es einst unumwunden ausgesprochen, daß der Buchstabe ihm nichts, der Geist aber alles sei, steht auch heute noch auf dem Index mancher

### \* Die Reform der direkten Steuern in Baden und die Einführung einer Vermögenssteuer.

Bei voller Anerkennung der für die Zulassung des Schuldenabzugs sprechenden Erwägungen der steuerlichen Billigkeit und Gerechtigkeit wird man immerhin drei Betrachtungen sich schwerlich entziehen können: einmal, daß weil bei der Zulassung des Schuldenabzugs auf den letzten Grund der Verschuldung schwerlich zurückgegangen werden kann, notwendigerweise alle Schulden ohne Ausnahme für abzugsfähig erklärt werden müssen, also nicht bloß die wirtschaftlich berechtigten, sondern auch die aus unwirtschaftlichen Handlungen, ja selbst aus Leichtsin und Verschwendung herrührenden Schulden der gleichen steuerlichen Begünstigung sich erfreuen werden wie die Schulden der ersterwähnten Art; zum zweiten, daß in Staaten, in denen, wie in Baden, eine Einkommensteuer besteht, der den Ertragssteuern anhaftende Mangel der Nichtberücksichtigung der auf den steuerpflichtigen Objekten haftenden Schulden zwar nicht völlig beseitigt, aber — wegen der Möglichkeit der Fixierung der Schuldzinsen bei der Einkommenserklärung — doch dieser Mangel einigermaßen abgemildert erscheint; zum dritten, daß die Nichtberücksichtigung des Schuldenabzugs sehr hart doch nur dann empfunden werden wird, wenn die Steuerbelastung im Bereich der Ertragssteuern an sich eine große ist, während der durch den Nichtabzug der Schulden geschaffene Zustand steuerlicher Ungleichheit und der durch das Maß der konkreten Steuerpflicht erzeugte Steuerdruck in dem Maße ein erträglicher wird, als die Höhe der Steuerbelastung selber innerhalb mäßiger Grenzen sich bewegt. In letzterer Hinsicht wird es daher kaum einem Widerspruch begegnen, wenn die Ansicht vertreten wird, daß die im Jahre 1884 erfolgte Einführung der Einkommensteuer, weil mit dieser Einführung eine Herabsetzung der direkten Steuern (Grund-, Gebäude-, Erwerbssteuer) von vormaligen 26 Pf. auf 18 1/2 Pf. von 100 M. Steuerkapital verbunden war, mittelbar dazu beitrug, die Mängel des Ertragssteuersystems wesentlich erträglicher erscheinen zu lassen, und daß in der gleichen Richtung auch die neuerliche Steuerermäßigung, der zufolge seit 1892 der Steuerfuß für die Grund-, Gebäude- und Erwerbssteuer nur noch 15 Pf. beträgt, ihre Wirkung geltend machen mußte und sicher auch geltend gemacht hat. Würde die, allerdings in absehbarer Zeit nicht gegebene Möglichkeit bestehen, den Steuerfuß der erwähnten Steuerarten noch um einen weiteren ansehnlichen Betrag herabzusetzen, so müßten die der Grund- und Gebäudesteuer unter den Gesichtspunkt der mangelnden Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anhaftenden Mängel überhaupt so wenig schwer mehr in die Waagschale fallen, daß immerhin Zweifel bestehen könnte, ob dieses Gesichtspunktes allein halber eine völlige Aufhebung des geltenden Steuerfußes als ein unbedingtes Bedürfnis sich darstelle. Aus diesem Grund untersucht die Denkschrift, ob nicht

auch noch sonstige triftige Gründe, insbesondere solche finanzpolitischer Art, für eine Reform der direkten Steuern in dem oben angedeuteten Sinn — Erlass der einer weit zurückliegenden Periode angehörenden Werthkataster durch ein auf die laufenden Verkehrswerte sich stützendes Kataster — geltend zu machen sind, und sie bejaht auch diese Frage, und zwar aus folgendem Grunde:

Das charakteristische Merkmal der seitherigen Grund- und Gebäudesteuer ist deren Unbeweglichkeit; die einmal in Geltung befindlichen Kataster behalten ihre Gültigkeit für lange Zeiträume und weisen daher, soweit das Land- und forstwirtschaftlich benutzte Gelände in Betracht kommt, überhaupt nur verhältnismäßig geringe Veränderungen, soweit es sich um Gebäude handelt, allerdings solche in erheblicherem Umfang, aber doch meist nur insoweit auf, als die Neufestsetzung vergrößerter oder neuerstellter Gebäude in Betracht kommt; die natürliche Werthsteigerung des Grund und Bodens und der Gebäude, wie sie sich im Laufe von Jahrzehnten zu vollziehen pflegt, bleibt auf die Katasteroperatoren im allgemeinen ohne Einfluß und es bleibt deshalb auch diese Werthzunahme im Vermögen der steuerpflichtigen Bevölkerung der steuerlichen Erfassung der Regel nach entzogen. Dieser Mangel des geltenden Katastralsystems tritt am schärfsten gegenüber den städtischen Gebäuden und namentlich gegenüber jenen in den größeren Städten in die Erscheinung, in welcher letzteren in Folge des Anwachsens der Bevölkerung und des steigenden Wohlstandes periodenweise außerordentlich starke Werthsteigerungen von Bauplätzen und Gebäuden sich einstellen, aber eine dieser Werthsteigerung entsprechende höhere Besteuerung nicht im Gefolge haben. Im Gegensatz zu diesen steuerlichen Ergebnissen der seitherigen Katastralmethode muß es als ein finanzpolitischer Vorzug eines auf den laufenden Verkehrswerten sich aufbauenden und in nicht zu langen Zwischenzeiten der Revision unterliegenden Grund- und Gebäudekatasters angesehen werden, daß durch die hierdurch geschaffene größere Beweglichkeit der Kataster die im Laufe der Zeit als Folge der Zunahme des Wohlstandes sich einstellende Werthsteigerung des Immobilienvermögens pari passu steuerlich erfaßt wird, daß also insbesondere auch alle diejenigen Werthsteigerungen, die sich als sog. Konjunkturgewinne darstellen, d. h. ohne wirtschaftliches Verdienst des Besitzers sich ergeben, der Besteuerung zugänglich gemacht werden.

Zu denjenigen Vorzügen, die einer größeren Beweglichkeit der Kataster zukommen, gesellen sich im Rahmen eines Steuerfußes, das einen Schuldenabzug bei der Grund- und Gebäudesteuer zuläßt, auch diejenigen, die in der größeren Beweglichkeit des Steuerfußes selten zu Tage treten. Die verhältnismäßige Unbeweglichkeit des Steuerfußes im System der Ertragssteuern erklärt sich, weil jede Erhöhung dieser Ertragssteuern — bei dem verschiedenen Maß von Kreditverpflichtungen, die auf dem steuerpflichtigen Objekt ruhen — mit großer Unverhältnismäßigkeit des Drucks sich geltend macht und jede Steuererhöhung mit dem muthmaß-

Partei. Finsterlinge und engherzige Menschen vom Schlage eines Hauptpastor Göhe gibt es heute wie vor hundert Jahren, und wiederum sorgen viele von denen, die in Befugnis des Apostel der Geistesfreiheit vereinen, in vielleicht gut gemeintem, aber über angebrachten Eifer mit allen Kräften dafür, daß er, der hoch über aller Parteien Haber und Janz stand, herabgezogen wird in den Alltagsstreit, daß seine Worte und seine Gedanken auch denen zur Last dienen müssen, von denen doch ihn, eine vornehme und selbstlos treue Natur durch und durch, eine weite Luft trennt.

Es ist in weiteren Kreisen meines Wissens nicht bekannt, daß Lessing's Nathan bald nach seinem Erscheinen eine Fortsetzung gefunden hat, in welcher durch J. G. Pfarrer die Frage nach der echten Religion in konservativ-protestantischem Sinne gelöst, und das Drama zugleich auch äußerlich zu einem glücklichen Ende geführt wurde, indem der Tempelherr und Recha zuletzt doch noch ein glückliches Paar wurden. Andererseits hat dasselbe Gedicht auch zu einer Reihe von Parodien, unter ihnen eine solche aus der Feder des talentvollsten, aber auch frivolen und verbummelten Berliner Lustspielichters Julius von Bohy herhalten müssen. Auf die Bühne kam keines von ihnen, es sind heute literarische Kuriositäten, die von Bücherliebhabern mit erfedlichem Geld bezahlt werden, ein glücklicher Zufall hat sie einmal dem Referenten in die Hände gespielt, und vielleicht bietet sich künftig Gelegenheit, mehr von denselben zu berichten.

Es ist wahr, es bedarf immer noch eines gewissen Muthes, um „Nathan“ auf die Bretter zu bringen. Er ist ein dramatisches Gedicht, aber kein Drama! Die ruhige Konsequenz seiner Handlung imponirt unserem Theaterpublikum nicht. Lessing's dramatische Technik, namentlich in seinem „Nathan“, entspricht nicht den landläufigen Anforderungen, aber es findet sich immer wieder eine Gemeinde, die Lessing auf seiner Kanzel mit Andacht zuhört und seine Worte im Herzen bewegt.

Dem Darsteller des Nathan stehen für diese Rolle verschiedene Modelle zur Verfügung. Das eine zeigt den Juden als schlauen Mann, der nur bei gebotener Gelegenheit sich mit dem Mantel der Menschenwürde drapirt, das andere zeigt ihn in der That als das, was er nach des Dichters Absicht sein soll, als den „Menschen an und für sich“ als den Weisen, dem alle Formel nur

unnützes Betwerk, dem die That der Liebe das allein Richtige ist. Herr Wasserhagen scheint von beiden Modellen in seiner Darstellung sich etliches angeeignet zu haben und da er als Bindeglied für die verschiedenartigen Elemente ein etwas stark deklamatorisches Pathos brauchte, schuf er eine weit mehr theatralisch wirkende als menschlich interessante Rolle und nur sein Vortrag der bekannten Parabel hielt sich ganz frei von dem ersteren. Neben ihm und dem Tempelherrn, der in Herrn Höcker eine durchaus gelungene, auch in ihren Schroffheiten sympathische, Wiedergabe fand, — die bekanntlich nicht jedem Darsteller dieser Rolle gelingt, sind ja die übrigen Rollen epifodenhaft, fanden aber durchweg befriedigende Wiedergabe. Zwar gab auch Hr. Mark seinen Saladin etwas zu sehr mit einem Stich ins Pathetische, und Herr Brehm wollte die erquickende Natürlichkeit des Derwischs an einzelnen Stellen nicht so recht im Ausdruck gewinnen, so daß er sogar zu possenhaften Allüren griff, dafür waren die Herren Reiff und Schilling als Patriarch und Klosterbruder ohne Tadel und auch die Eitah der Frau Beket, wie die Daja der Frau Rachel-Bender verdienen alles Lob. Fräulein Berndt gab sich mit Recha anerkenntniswerthe Mühe und im großen und ganzen bot sie auch Gutes; nur noch etwas mehr Schlichtheit und Natürlichkeit ist zu wünschen. Bezüglich der Regie durch Herrn Van Ge alle Anerkennung. Daß indessen unter den von Nathan aus Babylon nach Jerusalem mitgebrachten und vor seinem Hause liegenden Listen eine solche sich befand, die dem Zuschauer sehr deutlich die Adresse L. B. 679, Karlsruhe, zeigte, ist eine für die Handlungsgeschichte des Mittelalters und der Kreuzzüge so interessante Thatsache, daß wir sie den Kulturhistorikern angelegentlich zu weiteren Nachforschungen über die einstigen Handelsbeziehungen Babylons zu Karlsruhe empfehlen möchten.

[Die Pforzheimer Edelmetall-Industrie.] Man berichtet aus Berlin: Im Verein für deutsches Kunstgewerbe sprach vergangene Woche Herr Professor A. Waag, Direktor der Kunstgewerbeschule in Pforzheim, über den heutigen Stand der Pforzheimer Edelmetall-Industrie. Die Gründung der Pforzheimer Bijouterie-Fabrikation falle in die Jahre 1767 bis 1770, als Markgraf Karl Friedrich von Baden

lichen Druck, mit dem sie die steuerjchwächsten, d. h. am meisten mit Schulden behafteten Steuerpflichtigen belastet, rechnen muß. Die ängstliche Vorsicht, mit der erfahrungsgemäß überall und zu jeder Zeit die Erhöhung von Ertragssteuern behandelt wird, steht mit dem Wesen der Ertragssteuern als einer von der persönlichen Leistungsfähigkeit abhängenden Steuerartung wie Ursache und Wirkung im engsten Zusammenhang; und selbst in finanziell kritischen Zeiten mag deshalb die Steuerjchraube in Bezug auf die Ertragssteuern mehr oder weniger versagen, weil die gesetzgebenden Faktoren gegenüber diesen steuerjchwächsten, weil hochverschuldeten Steuerpflichtigen zu einer stärkeren steuerlichen Heranziehung nur schwer sich entschließen werden. Man kann auch nicht wohl sagen, daß für diese verhältnismäßige Unbeweglichkeit des Steuerfußes der Ertragssteuern ein vollgiltiger Ersatz in der um so größeren Beweglichkeit des Einkommensteuerfußes gegeben sei, da eben auch hier die Beweglichkeit, namentlich in Anbetracht des durch die Einkommensteuer zu erfassenden Arbeitsverdienstes ihre bestimmten Grenzen hat, abgesehen davon, daß jede allzu scharfe steuerliche Belastung der Einkommen mit der Einkommensteuer die Gewissenhaftigkeit der Forderungen leicht beeinträchtigt. Obige dem System der Ertragssteuern naturgemäß anhaftende Schwäche mag in normalen Zeiten nicht weiter mißlich empfunden werden, wohl aber wird sie es, wenn in kritischen Zeiten plötzlich große Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes gestellt werden sollen; denn in solchen Zeiten wird nur ein solches Steuersystem allen Anforderungen genügen können, das wegen der größeren Berücksichtigung der steuerlichen Leistungsfähigkeit, die es gewährt, wenn erforderlich, auch eine scharfe Heranziehung des unbeweglichen und beweglichen Vermögens gestattet, ohne mit den Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit in Konflikt zu geraten.

Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß ein auf der Grundlage der laufenden Werthe beruhendes und periodischen Revisionen zu unterziehendes Werthkataster gerade infolge seiner größeren Beweglichkeit unter Umständen auch von einer unerwünschten Wirkung begleitet sein kann, von der Wirkung nämlich, daß wenn diese Revisionen mit den Zeiten einer abwärts gehenden wirtschaftlichen Bewegung zusammenfallen, eine Abnahme der katastrirten Werthe und infolge hiervon bei gleichbleibendem Steuerfuß eine Schmälerung des Steuerertrags sich einstellen kann; während die Ertragssteuern unzweifelhaft den finanziellen Vorzug besitzen, daß sie, soweit es sich um die Grund- und Gebäudesteuer handelt, unberührt von dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der Staatskasse stets das gleiche Steueraufkommen sichern. Es ist also nicht zu läugnen, daß mit der Aufgabe des seitherigen Steuersystems ein gewisses schwankendes Element in den Finanzhaushalt eingeführt wird, das sich zeitweise unbedeutend bemerkbar machen mag; doch werden die aus den besprochenen Ursachen sich ergebenden Steuerausfälle voraussichtlich nicht von einer solchen Erheblichkeit sein, daß ihrtheilweise die Beibehaltung des geltenden Steuersystems unbedingt empfohlen werden müßte.

### Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

\* Berlin, 21. Januar.

Abg. Frhr. v. Stumm hält seine gestern gemachten Äußerungen von Ausschreitungen des Postassistentenverbandes aufrecht und erklärt sich dagegen, daß über die Frage, welche Tage als Feiertage zu gelten haben, für die Postbeamten ein Spezialgesetz gemacht wird. Diese Sache ist Angelegenheit der Landesregierungen. Ich habe nichts dagegen, daß Allerheiligen und Fronleichnam als gesetzliche Feiertage erklärt werden; so lange aber der Verkehr an diesen Tagen aufrecht erhalten wird, kann die Post nicht geschlossen werden.

Abg. Lingen s (Centr.): Es genügt nicht, wenn die Post-

beamten Nachtdienst haben, daß sie dann den Sonntag frei haben. Das ist kein Ruhetag, auf den sie doch einen rechtlichen Anspruch haben.

Abg. Förster (Antif.): Die Bestimmungen über die Feiertagsruhe gehören, da es sich hier um eine Reichsverwaltung handelt, zur Kompetenz des Reichstages. Redner bemerkt des weiteren, daß die Reichspostverwaltung gegen die Juden zu liberal sei.

Abg. Förster (Antif.) meint, daß Stumm heute sich über den Postassistentenverband anders als wie gestern ausgesprochen hat, und acceptirt die Forderung, dem Verbands Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Abg. Hise (Centr.): Man hat eingewandt, daß die in unserem Antrage genannten katholischen Feiertage keine gesetzlichen sind. Dasselbe gelte aber auch von dem Charfreitag und dem Bußtag, die gleichwohl noch den katholischen Beamten gegenüber als Feiertage behandelt werden.

Abg. Schall (konf.): Im Namen der konservativen Partei habe ich zu erklären, daß wir bezüglich des Centrumsantrages, betreffend die Freigebung beider katholischer Feiertage, auf demselben Standpunkte stehen, wie die Reichspartei. Wir stimmen mit den bezüglichen Ausführungen des Frhr. v. Stumm überein. Ferner erkennen wir an, was für die Beamten der Postverwaltung geschehen ist, wenn auch kein Stillstand eintreten darf.

Frhr. v. Stumm protestirt dagegen, daß er heute irgend etwas anderes gesagt habe wie gestern.

Abg. Lieber (Centr.): Mit unserem Antrage wollen wir nur den Reichskanzler ersuchen, auf die Landesgesetzgebung im Sinne unserer Vorlage einzuwirken.

Damit wird die Diskussion über Titel 1 geschlossen. Der Reichstag nimmt denselben an sammt der Resolution der Budgetkommission über die Einstellung des Paketverkehrs an Sonntagen. Auch die nächsten Titel werden ohne Erörterung genehmigt bis Titel 14 einschließlich.

Bei Titel 15 bemerkt Abg. Werner (Reform.): Das Postarchiv wird an alle Postagenturen verhandelt, die es kaum gebrauchen. Würde dieser Verband eingestellt, so könnte bei diesem Titel eine Ersparung gemacht werden.

Unterstaatssekretär Fischer: Die Postagenturen bedürfen des Archivs, um in Zusammenhang mit der Centralverwaltung bleiben zu können. Von einer dahingehenden vorteilhaften Wirkung des Archivs habe ich mich auf meinen Dienstreisen wiederholt überzeugt.

Abg. Werner (Reform.): Die Postagenturen sind nur eine Nebenbeschäftigung.

Titel 15 wird genehmigt, desgleichen die weiteren. Bei Titel 23 liegen Anträge vor von Schädlern und Genossen, den Reichskanzler zu ersuchen, wenigstens die Zulassung zum Sekretärexamen denjenigen unter den Civilanwärttern, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben, zu gewähren und sie bei den übrigen Civilanwärttern dem anderweitig zu verlangenden Nachweis einer entsprechenden Vorbildung abhängig zu machen. Ferner ein Antrag Werner, den Reichskanzler zu ersuchen, die Gleichstellung der Post- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter aus der Klasse der Civilanwärtter mit den Militäranwärttern in der Zulassung zur Sekretärprüfung von neuem in Erwägung zu ziehen. Beide Anträge werden kurz ihre Anträge.

Unterstaatssekretär Fischer: Der Antrag Werner ist nicht durchführbar ohne eine Aenderung der ganzen Postbeamtenorganisation. Wir haben aber zur Zeit dringendere Aufgaben vor, vor allem die weitere Aufbesserung der Beamten da wieder aufzunehmen, wo sie 1890 stehen geblieben ist. Auch der Antrag Schädlers ist nicht empfehlenswert. Die Scheidung der Beamten in solche mit einjähriger Vorbildung und andere hat früher bestanden, sich aber nicht bewährt.

Abg. Gröber (Centr.) empfiehlt beide Anträge anzunehmen, dann könne sich die Regierung einen Weg aussuchen. Der jetzige Zustand ist eine Bevorzugung einzelner Weniger.

Staatssekretär v. Stephan: Der hier jetzt beantragte Zustand hat vor 1871 bestanden, sich aber nicht bewährt,

Aufrichtung und Stärkung bedürfe. Unter diesem Zuspruche fühle er sich jung, gesund und erfrischt.

[Die Briefe Goethe's an Charlotte v. Stein] sind von deren Erben, der „Saale-Zeitung“ zufolge, für das Goethe-Schiller-Museum in Weimar käuflich erworben worden. Der Kaufpreis beträgt 77 000 M. und ist von mehreren Goethe's aufgebracht. Der deutsche Kaiser hat dazu 7000 M. beigetragen.

[Der Schriftsteller Richard v. Meerheimb], der sich durch zahlreiche lyrische und epische Dichtungen, namentlich durch seine Hymnen bekannt gemacht hat, ist in der Gestalt zu Völs im 72. Lebensjahre gestorben. Vor einigen Jahren war Ober v. Meerheimb bekanntlich in der Nähe von Belfort als angeblicher Spion verhaftet worden, wurde aber bald wieder freigelassen. Die letzten Jahre des begabten und rastlos thätigen Mannes wurden durch ein schweres Nervenleiden verbittert.

[Amerikanische Gelehrte.] Bei der ziemlich allgemeinen Korruption, die in den Vereinigten Staaten herrscht, hat man sich bisher doch in dem Glauben gewiegt, daß wenigstens der Gelehrtenstand ehrlich geblieben sei. Unlängst ist aber, so schreibt man der „Atlantischen Zeitung“, der Direktor des Staatsmuseums von New-York, Professor J. Hall, angeklagt worden, einige der werthvollsten Gegenstände des Museums für 70 000 Dollar an die American Scientific Association in New-York und andere für 15 000 Dollar an die Universität von Pennsylvania verkauft und das Geld in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Auch wirft man ihm vor, daß er sich von den Angestellten einen Theil ihres Gehaltes als Abgabe zahlen lasse und diese durchweg gleichfalls unehrlich seien. Dabei ist Professor Hall kein unbekannter Mann, der etwa durch den Zufall der Politik als Anhänger der am Ruder befindlichen Partei zu seinem Posten gelangt wäre, sondern einer der anerkanntesten Gelehrten Amerikas auf dem Gebiete der Geologie und Paläontologie und nebenbei ein Herr, auf dessen Sichel schon die Last von 84 Jahren ruht. Mit Recht bemerkt die „Illinois-Staatszeitung“ zu dieser Angelegenheit: „Daß ein auf so hohem Piedestal stehender Mann sich zu so niedrigen Handlungen, deren man nur im Schlamme der Wardpolitik erzogene Leute für fähig hält, herablassen und einen der ganzen wissenschaftlichen Welt mit Achtung und Ehrfurcht genannten Namen in seinen alten Tagen beflecken sollte, erscheint fast unglücklich. Und es steht zu hoffen, daß er sich

wie damals im Reichstage selbst anerkannt wurde. Die Haltung der Reichspostverwaltung zum Postassistentenverband erklärt sich daraus, daß eine Anzahl Beamten, die mit ihrem Gehalt nicht zufrieden, sich zu einer Organisation zusammengethan haben, um die Erhöhung zu erzielen. Das aber geht nicht, wo sollte es denn hin, wenn die Beamten zu solchem Zwecke sich allgemein organisiren wollten? Mit diesem Antrage wird nur ein Janapfel unter die Beamten geworfen. Warum sollen gerade in unserem Ressort die Bildungsunterschiede verwischt werden.

Abg. Schädlers (Centr.): Zwei Klassen von Beamten werden durch unseren Antrag nicht geschaffen.

Abg. Werner (Reform.): Wir werden für den Antrag des Centrums stimmen, wie dieses hoffentlich für meinen Antrag stimmen wird.

Staatssekretär v. Stephan: Es wären gar nicht genug Sekretärstellen zur Ausführung dieses Antrages vorhanden.

Damit ist die Debatte über Titel 23 zu Ende. Der Titel wird angenommen, desgleichen die nächsten Titel. Die Anträge und Resolutionen werden bei der dritten Verathung zur Abstimmung kommen.

Nächste Sitzung Mittwoch Mittag 1 Uhr. Tagesordnung Initiativ-Anträge.

### Vor fünf und zwanzig Jahren.

(Nach den Berichten der „Karlsruher Zeitung“ aus dem Kriegsjahre 1870/71.)

#### 22. Januar.

Karlsruhe. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Wir sind in den Stand gesetzt, in dem Folgenden unseren Lesern das Schreiben an Seine Königliche Hoheit den Großherzog mitzutheilen, in welchem Seine Majestät König Wilhelm von Preußen die Annahme der Kaiserwürde anspricht.

Durchlauchtigster Fürst!

Freundlich lieber Vetter, Bruder und Schwiegervater!

Nachdem Eure Königliche Hoheit, in Gemeinschaft mit der Gesamtheit der deutschen Fürsten und Freien Städte die Aufforderung zur Herstellung der deutschen Kaiserwürde Mir haben zugehen lassen, danke Ich Eurer Königlichen Hoheit für diesen Beweis Ihres Vertrauens und halte es für eine Mir gegen das gemeinsame Vaterland obliegende Pflicht, dem an Mich ergangenen Ruf Folge zu leisten.

Ich nehme die deutsche Kaiserwürde an, nicht im Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwicklung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorjage — soweit Gott Gnade gibt — als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein, und das Schwert Deutschlands zum Schutze derselben zu führen.

Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Stämme, hat seine Stellung im Rathe der Nationen wieder gewonnen, und das deutsche Volk hat weder das Bedürfnis, noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas Anderes als den, auf gegenseitiger Achtung der Selbstständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben. Sicher und berechtigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das Deutsche Reich — wie Ich vertraue — nach stetiger Beendigung des Krieges, in welchen ein unbedingter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich, ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Volk finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und erstrebt.

Mit der Versicherung der ausgerechneten Hochachtung und wahren Freundschaft verbleibe Ich

Eurer Königlichen Hoheit

freundwilliger Vetter, Bruder und Schwiegervater

Verfaßtes, den 11. Januar 1871.

(gez.) Wilhelm.

An den Großherzog von Baden Königliche Hoheit.

dem Franzosen Lutran die Konzession erteilt habe zu einer Wollen- und Stahlwaaren- und Bijouteriefabrik. Erstere sei bald wieder eingegangen, letztere sei stetig emporgeblüht, nachdem sie 1776 auf eigene Fäße gestellt worden sei. Im Jahre 1800 seien 26 Betriebe mit 522 Arbeitern vorhanden gewesen, heute sei sie eine mächtige Industrie, in welcher künstliche Seidenarbeit und maschinelle Hilfsarbeit neben einander betrieben würden und welche fast nach allen Ländern der Erde exportire. Zur Zeit seien etwa 540 Betriebe mit 12 bis 13 000 Arbeitern vorhanden. Der Arbeitslohn betrage etwa elf Millionen Mark jährlich. Die Absatzgebiete seien Deutschland, das übrige Europa und überseeische Länder. Von französischen Exporteuren würde viel Schmutz zum Export nach Central- und Südamerika und nach dem Orient gekauft. Den Schluß des Vortrages bildeten Mittheilungen über die Kunstgewerbeschule und den Kunstgewerbeverein in Pforzheim.

[Ueber den Grillparzer-Preis für „Dantele“] macht das Wiener „Fremdenblatt“ folgende nähere Mittheilung: „Das statutenmäßig niedergesezte Preisgericht, bestehend aus den Herren Josef Bayer, Max Burghard, Friedrich Uhl und Robert Zimmermann in Wien und Heinrich Balthaupt in Bremen, hat den am 15. d. M. zum achtenmale zur Vertheilung bestimmten, von weiland Franz Grillparzer für das relativ beste deutsche dramatische Werk, welches im Laufe des letzten Trienniums auf einer namhaften deutschen Bühne zur Aufführung gelangt ist und nicht schon von einer anderen Seite durch einen Preis ausgezeichnet worden ist“, gestifteten Preis im Betrage von 2400 Gulden in Silber mit Stimmenmehrheit dem Drama „Dantele“ von Gerhart Hauptmann zuerkannt. Die unterzeichnete philosophisch-historische Klasse der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, welcher durch den Stifterbrief die Verwaltung des Stiftungsfonds übertragen ist, hat daher am heutigen Tage obige Summe flüssig gemacht und dem genannten Dichter zur Verfügung gestellt. Wien, am 105. Geburtstag Grillparzer's, den 15. Januar 1896. Die philosophisch-historische Klasse der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften.“

[Gerhart Hauptmann] richtete, wie aus Wien geschrieben wird, ein Dankschreiben an die Akademie der Wissenschaften für die Zuerkennung des Grillparzer-Preises für sein „Dantele“, worin er versichert, daß der Heros Grillparzer sich ihm in dem Augenblicke väterlich zuneigt, wo er mehr als je der

# Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 22. Januar.

R. (Evangelischer Bund.) Am letzten Sonntag hielt der Evangelische Bund seinen vierten Familienabend in diesem Winter im Saale des Hotel Monopol ab, um auch seinerseits die Erinnerung an das 25jährige Bestehen des Deutschen Reiches festlich zu begehen. Nach gemeinsamem Gesang des altniederländischen Volksliedes „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“ gab Herr Professor Thoma in einem selbstgedichteten Prologe der Begeisterung über die Neugründung des Reiches, das jetzt nicht mehr des Kapitels Willen unterworfen sei, schwingenden Ausdruck. Sodann sprach Herr Oberkirchenrathsecretär Wolfhard über „Walter von der Vogelweide als religiös-patriotischen Sänger“. In kurzer lebhafter Schilderung führte er uns in die Zeit, der Kampfe der Hohenstaufen und der vom Papste unterstützten Welfen hinein, in welchen lebend der Dichter seiner Vaterlande zu entzünden suchte, welche das Volk aufriefen zur Unterstützung seiner angefallenen Könige, zuerst Philipps von Schwaben, dann Friedrichs des Zweiten gegen den Braun-schweiger Otto den Vierten. Trotz seiner scharfen Gegen-sätzlichkeit gegen den Papst, der, zu jung, wie Walter klagt, eine Deutschland unheilvolle Politik verfolgte, spricht doch aus einer ganzen Reihe von herrlichen Liedern, die der Vortragende vorlas und welche der Himmelskönigin Maria gewidmet sind, eine tiefe Religiosität und das innige Sehnen nach dem gelobten Lande, von dem wir nicht sicher wissen, ob es der Dichter als Teilnehmer an Kreuzzuge Friedrichs gestellt hat, durchzieht ebenfalls einen Wiedererkennungs. An den mit verdientem Beifall aufgenommenen Vortrag schlossen sich mehrere musikalische Vorträge eines Extempore, abwechselnd mit gesanglichen Darbietungen.

**Groß-Lauenburg, 19. Jan.** Heute Vormittag, als die Gendarmen und Landjäger den Baumgärtner von Ober-mühl verhaften wollten und verfolgten, sprang er, als sie kaum noch einige Meter von ihm waren, in den Rhein, wo er in den Wellen verschwand. Er warf ihnen die Geldbörse mit ziemlich bedeutendem Inhalt hin, mit dem Aufse: „Da habt Ihr's Geld, mich bekommt Ihr nicht!“ Wie man hört, soll er wegen Meineids und Wechselfälschung angeklagt worden sein. Ein der Beihilfe Verdächtiger ist in das Amtsgefängnis Siedingen abgeliefert worden.

**Vom Bodensee, 21. Jan.** In der ersten Monatshälfte vollzogen sich auf unseren Getreidemärkten ziemlich bedeutende Transaktionen. Eine leiche Kaufbewegung ließ sich keineswegs verkennen, und in Ueberlingen beispielsweise befristete sich der Aufschlag beim Korn auf 34 Pf., beim Weizen auf 60 Pf. und bei der Gerste auf 25 Pf. Als höchster Preis wurde für Korn 17 M., für Gerste 16 M. 80 Pf. per 100 Stilo bezahlt. Der Mittelpreis der Gerste war in Fullendorf 16 M. 35 Pf. In einem Markttage wurden in Fullendorf 717 Doppelcentner Getreide mit einem Erlös von 11 801 M. 45 Pf. verkauft, während der Umsatz an den zwei letzten Märkten in Ueberlingen sich auf 906 Doppelcentner Getreide mit einem Erlös von 14 239 M. 49 Pf. belief.

## Verschiedenes.

**Berlin, 22. Jan.** (Telegr.) Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge ist die Luerzen'sche Korkkappenfabrik in Delmenhorst vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

**Brandenburg, 21. Jan.** (Telegr.) Der Gärtner Ma-lewski im Dorfe Klein-Gerswalde bei Göttsdorf in Ost-preußen enthauptete ein acht Monate altes Kind mittelst einer Art und erhängte sich dann selbst.

**Wien, 22. Jan.** (Telegr.) Die gestern von Professor Mofetig an zwei zu operirenden Kranken mit Röntgen'schen Strahlen gemachten Versuche lieferten einen vollständigen Erfolg. Die photographischen Bilder zeigen mit größter Schärfe und Präzision die Defekte an der durch einen Revolvererschuss verletzten Hand eines Mannes und den Sitz des Projektils, bei dem zu operirenden Mädchen deutlich Sitz und Wesen einer Mißbildung am linken Fuße. Die Ausnahmen liefern somit eine Handhabe für die genaue Bestimmung der Operationspunkte.

**Christiania, 21. Jan.** Der bekannte Polarforscher Givind Aitken, Teilnehmer an den Peary-Expeditionen, ist heute in Alleebedalen tot aufgefunden worden. Aitken hatte kurz vor Weihnachten Jerlin in Doore verlassen, um eine Schneeschuh-fahrt zu unternehmen und ist seitdem vermißt worden.

**St. Petersburg, 21. Jan.** (Telegr.) Die Zahl der bei dem Theaterbrande in Felaterinoslaw Verbrannten ist auf 21 festgesetzt. Das Feuer brach in der Garderobe aus. Das Publikum, das sich anfänglich der Zwischenpause in den Korridoren befand, rettete sich größtentheils. Ein kleiner Theil, besonders Kinder, blieb stehend im Ankleidezimmer der Schauspieler steden und kam dafelbst um's Leben.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 22. Jan.** Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge waren zu dem gestrigen parlamentarischen Diner beim Reichskanzler geladen: Das Präsidium und das Bureau des Reichstages, zahlreiche Abgeordnete, die Staats-sekretäre, die hier weilenden bundesstaatlichen Minister v. Crailsheim, Wittmann, v. Brauer und Meisch.

**Berlin, 21. Jan.** Die Justizkommission nahm den Antrag Buchta, eine Reihe von Gesetzesparagrafen in erster Lesung in der Fassung anzunehmen, welche sie durch die Beschlüsse der Justizkommission in der vorigen Session erhalten haben, an. Sodann trat die Kommission in die Veratung der einzelnen Paragrafen der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetze ein.

**Berlin, 21. Jan.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Nach einer Depesche aus Kamerun haben in der letzten Zeit in der Nähe der Station Jaunde mehrtägige Kämpfe der Garnison mit den aufrührerischen Eingeborenen stattgefunden. Zwei Europäer der Schutztruppe, Premier-lieutenant Bartsch und Büchsenmacher Zimmermann, wurden verwundet. Die Station Jaunde ist nach der Niederwerfung der feindlichen Bafostämme durch die Schutz-truppe im Frühjahr von einer Abtheilung der Schutztruppe besetzt worden. Diese Maßregel schien nach dem Berichte des Kommandeurs geboten, da die immer weiter nach Süden drängenden Bostämme und hinter ihnen die islamitischen Tibastämme die Sicherheit des Landes zu gefährden drohten. Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um einen Kriegszug der erwähnten Stämme, sondern um die aufständische Bewegung einzelner zwischen Jaunde und Lolodorf ansässiger, noch nicht völlig unter-worfener Bafuto- oder verwandter Stämme. Der Kom-mandeur der Schutztruppe ist beauftragt, ungehämmt die geeigneten militärischen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu treffen. Bartsch befindet sich in Kamerun, Zimmermann wahrscheinlich in Lolodorf, einer Station zwischen der Küste und Jaunde.

**Berlin, 21. Jan.** Die hiesige königlich Portu-giesische Gesandtschaft theilt mit: Die vor einigen Tagen von englischen Blättern gebrachte Nachricht, daß nach einem Telegramm aus Bombay ein Detachement von 120 Soldaten in Portugiesisch-Indien überfallen worden sei, wird durch ein Telegramm des Gouverneurs von Portugiesisch-Indien und des Herzogs von Dporto, Bruders des Königs von Portugal und Kommandant der Ende Oktober v. J. von Lissabon abgegangenen Ex-pedition, für durchaus unbegründet erklärt. Nach diesem Telegramm ist es nach dem Gesichte am 20. Dezember, welches unter dem Kommando des Herzogs von Dporto stattgefunden hat und in welchem der Verlust der Auf-ständischen 80 Tode und der der Portugiesen zwei Offi-ziere und einige verwundete Soldaten betrug, überhaupt zu keinem weiteren Zusammenstoß gekommen. Der Gouverneur hält seit diesem Gesichte die Ruhe der Kolonie für wiederhergestellt.

**Berlin, 21. Jan.** Bei den heutigen Wahlmänner-wahlen zur Landtagsersatzwahl im 4. Berliner Wahlbezirk sind 245 liberale und 13 konservative Wahlmänner gewählt worden. In 49 Urwahlbezirken war kein Wähler erschienen.

**Bückeburg, 21. Jan.** Ihre Durchlaucht die Fürstin von Schaumburg-Lippe ist heute von einer Prinzessin glücklich entbunden worden.

**Nachen, 22. Jan.** Dem „Berliner Tagblatt“ zufolge streifen in Eupen 150 Weberinnen.

**Bern, 21. Jan.** Der Bundesrath hat beschlossen, alle Regierungen Europas zu einer Konferenz zum Zwecke der Regelung der besonderen Verhältnisse der Fortsetzung der Statistik der europäischen Eisenbahnen durch das Centralamt für den internationalen Bahntransport einzuladen. Die Konferenz soll im Frühjahr 1896 in Bern zusammentreten. Der Bundesrath hat der Thunersee-Bahn, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch die Bundesversammlung, eine Erhöhung ihrer Tage um 36 Proz. bewilligt.

**Wien, 21. Jan.** Zu der Meldung der „Wiener Zeitung“ über das Organisationsstatut für die staatliche Eisenbahnverwaltung wird noch gesagt, der Eisenbahnminister wird Vorkehrungen treffen, daß das neue Organisationsstatut vom 1. August 1896 in volle Wirksamkeit trete.

**Prag, 21. Jan.** (Landtag.) Bei der ersten Lesung des Antrages des Grafen Schönborn, betreffend die Einführung des obligatorischen Unterrichts in den beiden Landes-sprachen, erklärt sich Abgeordneter Schlegler namens der Deutschen gegen den Antrag. Im Namen der Jungtschechen erklärt sich Abgeordneter Engel gegen die Ueberweisung an die Kommission, weil der Gegenstand Veranlassung zur Auffrischung des nationalen Bewusstseins geben würde. Nachdem noch die Abgeordneten Barenther, Lippert und Fro über den Antrag Schönborn gesprochen hatten, wurde derselbe an eine Kommission verwiesen.

**Prag, 21. Jan.** Im Landtag brachten heute Pacaf und Genossen einen Gesetzesvorschlag ein betreffend die Regelung der Sprachenfrage bei den staatlichen, Gemeinde- und Bezirksbehörden, sowie beim Landesauschutz und den Schulen. Der Entwurf verlangt, daß jede Eingabe in allen Instanzen in der Sprache erledigt werden soll, in welcher sie eingebracht worden ist. Sodann muß in Böhmen jeder Beamte der beiden Landes-sprachen mächtig sein. Ein

fünfjähriges Provisorium soll eingeführt werden, bis alle Beamten der beiden Sprachen mächtig sein werden.

**Rom, 21. Jan.** Der „Osservatore Romano“ erklärt die Blättermeldung für erfunden, wonach der Papst seine Vermittelung in dem Grenzstreite zwischen England und Venezuela angeboten habe.

**Brüssel, 22. Jan.** Seine Majestät der König hat angeordnet, daß der Gerichtshof in Brüssel fortan unter Ausschluß aller sonstigen Kriegsgerichte allein zuständig sein solle, auf Todesstrafe gegen Europäer zu erkennen. — Der Effectivbestand der kongostaatlichen Armee für 1896 ist auf 8 500 Mann erhöht worden.

**Brüssel, 21. Jan.** Die Repräsentantenkammer beschloß eine Gesetzesvorlage, durch welche der Gewerbe-steuerfuß für auswärtige Aktiengesellschaften festgestellt wird, in Erwägung zu ziehen. Der Finanzminister gab zwar zu, daß in dem zur Zeit geltenden Gesetze Anomalien bestehen, machte aber in Betreff der in Frage stehenden Vorlage Vorbehalte.

**Paris, 21. Jan.** In dem heute im Elysee abgehal-tenen Ministerrath theilte der Kriegsminister Cavaignac eine Depesche des Generals Duchesne mit, nach der die Lage auf Madagaskar ruhig ist.

**Belgrad, 21. Jan.** Der Synod des orthodoxen Patriarchates in Konstantinopel erwählte den ser-bischen Archimandriten Dionisije zum Metropolit von Prizzen.

**Sofia, 21. Jan.** Die „Agence Balcanique“ meldet, der Prozeß wegen Ermordung Stambuloiff's dürfte Mitte Februar beginnen. — Derselben Duell zufolge wird die Rückkehr des Prinzen Ferdinand spätestens am 15./27. Januar erwartet. In parlamentarischen Kreisen wird gehofft, daß die Ceremonie des Uebertrittes des Prinzen Boris am 18./30. Januar möglich sein wird.

**Madrid, 21. Jan.** Nach einer Depesche aus Havana traf eine Kolonne der Spanier unter Befehl des Kapitäns Martino Sanchez in der Provinz Matanzas auf die Aufständischen und schlug sie nach hartem Kampfe vollkommen. 30 Aufständische wurden getödtet, 100 ver-wundet.

**Madrid, 21. Jan.** Amtliche Depeschen, die in der letzten Nacht aus Havana hier eingetroffen sind, melden, daß die Lage dort günstig sei. Das Gros der Aufstän-dischen wird von den spanischen Kolonnen lebhaft verfolgt. Das Gros ist zum Verlassen der Provinzen Pinar del Rio und Havana gezwungen worden und zieht sich in östlicher Richtung zurück. Marschall Martinez Campos ist bei seiner Abreise von Havana mit Jursen begrüßt worden.

## Industrie, Handel und Verkehr.

New-York, den 21. Januar 1896, Nachmittags 5 Uhr.

	Kurs vom	20.	21.
Weizen:	Januar	69 7/8	69 3/4
	März	71 1/8	70 3/4
	Mai	68 7/8	68 1/2
	Juli	68 1/2	68 1/4
	August	—	—
Mais:	Januar	35 7/8	36 —
	Februar	35 7/8	35 5/8
	März	—	—
	Mai	35 3/4	35 1/2
	Juli	36 7/8	36 3/4

Tendenz: Weizen anfangs fallend, dann gebessert auf Käufe für ausländische Rechnung, dann wieder nachgebend.

Chicago, den 21. Januar.

Weizen:	Januar	59 1/8	58 3/4
	Mai	61 1/8	61 1/8
Mais:	Januar	27 1/8	26 3/4
	Mai	29 3/8	29 1/8

## Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 23. Jan. 14. Ab.-Vorst. Mittelpreise: „Der Schatz des Rhampinit“, Oper in 3 Akten. — Dichtung und Musik von Albert Gortzer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, 24. Jan. 15. Ab.-Vorst. Kleine Preise: „Der Nach-ruhm“, Lustspiel in 4 Akten von Robert Misch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Theater in Baden-Baden:  
Mittwoch, 22. Jan. 18. Ab.-Vorst. Zum erstenmale: „Der Dornenweg“, Schauspiel in 3 Akten von Felix Philippi. Anfang 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

## Einem willkommenen Graft

für die durch die Fällerböschung verbesserten ausländischen Zahn- und Mundwasser bietet das

## Odonta-Zahnwasser

von F. Wolff & Sohn.

Käuflich in den besseren Parfümerie-, Droguen- und Friseur-geschäften, wo auch Proben zu erhalten sind.

## Frankfurter Kurse vom 21. Januar 1896.

1 Tira = 80 Sch., 1 Sch. = 20 Nnt., 1 Dollar = 4 Nnt. 50 Pf., rubel = 2 Nnt. 20 Pf., 1 Mark Banco = 1 Nnt. 25 Pf., 1 Silber-

Staatspapiere.		Schweden 4 Oblig.		100 50 4 1/2 Pfälz. May-Bahn		154 30 4 Schw. Nordost 85 87		102 60 4 1/2 Alpine Montan abgeht. 100 50		Schwedische Tht.	
Baden 4 Obligat.	102.80	Spanien 4 Anst. d. B.	—	4 Pfälz. Nordbahn	124.50	5 Südbahn neuerfrei	111.80	4 Rom Ser. II-VIII Lire	81.60	Ungarische Staats	274. —
4 Obl. v. 1886	104.90	Egypten 5 Unif. Obl. Vtr.	104.50	4 Gottardbahn	127.70	4 do.	—	4 Standesherrl. Anlehen.	—	Flandrische	—
3 1/2 v. 1892	104.20	5 Jan. Goldanl. V.	57.20	4 Schweizer Central	129.70	3 do.	—	4 Pfälz. Birleim 87	92.90	Bayr. Hyp.-Bank	100.70
Baden 4 Obligat.	105.60	4 Deutsche Reichsb. B.	163.70	5 Böhm. Nordbahn	123 1/2	5 Do. II. St.-B. 73-74	116.20	4 Verzinliche Loose.	—	4 Pfälz. Hyp.-u. 1896	100.20
Deutschl. 4 Reichsanl.	106.20	5 Badische Bank	113.10	5 Böhm. Westbahn	—	3 do. I.-VII. Em.	94.70	4 Badische Präm.	145 —	4 Pr.-B.-K. A. VII-IX	101.20
3 1/2	104.80	4 Bader Bankverein	140.50	5 Do. Ung. Staatsb. Fr.	—	3 do. C. D. u. D.2	54.70	4 Bayerische Präm.	155.90	4 Preuß. Hypoth.-Verf. A.	—
3	99.20	4 Berlin. Handelsgef.	—	5 Do. Südb. (Rom.)	—	5 Doecan. Central	89. —	4 Preuß. Hypoth.-Verf. B.	133.40	4 Alt.-G. J. unt. 1905	105.20
Preußen 4 Confols	105.80	4 Darmstädter Bank	—	5 Do. Nordwest	—	5 Westf. C. B. 80 Str.	—	4 Rhein. Hyp. Com.-V.	137.70	3 1/2 Pfälz. Bank Pfdbtr.	—
3 1/2	104.90	4 Deutsche Bank	188.50	5 Lit. B.	—	5 South-Pacif. Calif. I.	108.10	4 Rhein. Hyp. Com.-V.	131.60	4 XVII unklamb. 1905	101.40
3 1/2	99.30	4 Deutsche Vereinsb.	117.20	4 Eisenbahn-Versicherungen.	103.30	4 Oligantoon und Industrie-	—	4 Deiter. v. 1854	143.60	4 Rhein. Hyp. Com.-V.	100.60
Württemberg 4 Obl. v. 75/80	104.10	4 Deutsche Unionbank	100.90	4 Elisabeth neuerfrei	103.30	4 Aktien.	—	4 v. 1860	127.60	4 do. unklamb. 1896-97	100.70
4 Goldrente	103. —	4 Dist.-Komm.-B.	—	4 Rähr. Grenzahn	97.50	3 Freiburg v. 1888	101.30	4 1/2 Stuhl.-Raab-Gr. Tht.	94.40	3 1/2 do.	—
4 1/2 Silber.	85.30	4 Frankf. Hyp.-Bank	167.70	5 Rähr. Nordwest v. 74	113.60	3 Karlsruhe v. 1889	97.30	4 Ueberzinliche Loose	—	4 Wechsel nad Sorten.	—
4 1/2 Baviere.	84.40	4 Frankf. Hyp.-u. K.-B. Antb.	—	5 Lit. A.	92.50	3 Mannheim v. 1895	102.90	4 ver Stück in Markt.	—	4 Amsterdam	100 168.15
Ungarn 4 Goldrente	103.10	4 unklamb. bis 1905	130.50	5 Lit. B.	92.20	4 Gittinger Spinareei	—	4 Ansbach-Ganzanb.	45. —	4 London	101 20.45
4 Rente	84.60	4 Rhein. Kreditbank Tht.	135.50	4 Raab-Do. Ebenf.	86. —	4 Karlsr. Maschinenf.	151.20	4 Augsburger	25.80	4 Paris	100 80.95
4 An.-R.	99.60	4 Rhein. Kredit	—	4 Rudolf	—	4 Bad. Zucker. Waf.	58. —	4 Braun-schweiger	17.20	4 Wien	100 168. —
4 Russl. Conf. 80	132.20	4 D. Effentb. 50% Tht.	117. —	4 Solz'ant. Str.	103.70	3 Deutsch. Böhm. 20%	213.80	4 Freiburger	27.10	4 Dollars in Gold	4.19
4 A. 89 S. I. I. R.	109.20	4 D. Hyp.-Bf. 50% Tht.	128. —	4 Borarlberger	84.56	4 Rhein. Hyp.-B. 80% Tht.	174.70	4 Mailänder	13.20	4 20 Franken-Stück	16.16
Portugal 3 Anst. d. B.	26.20	4 Eisenbahn-Aktien.	—	4 Ital. gar. E.-B. H.	52.40	4 Süddeutsche Bank	104.20	4 Reiningen	23.50	4 Engl. Sovereigns	20.38
4 Goldrente Bar.	—	4 Hess.-Ludwigs-Bahn Tht.	—	3 Jura-Vern.-Kuzen Fr.	103.40	5 Westeregeln-Alfalf-B.	155. —	4 Deiterreider v. 1864	334. —	4 Frankf. Bank-Diskont 4%	—
				4 Schweizer Central	108.10	5 Dortmund. Unia	111.50	4 Deiterre. Kredit v. 1858	336.80		

G. BRAUN'sche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

# Haushaltungs-Buch

für das Jahr 18....

Preis gebunden Mark 1.—.

Unser Haushaltungsbuch empfiehlt sich durch seine praktische und übersichtliche Einteilung allen Hausfrauen.

Vorrätig in allen Buch-, Papier- und Schreibwaaren-Handlungen.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.

Aus den

## Kriegstagen 1870/71.

Ein Gedenkbuch für das badische Volk und seine Krieger.

Von Heinrich Goll.

250 Seiten.

Preis 20 Pfg.

## Franconia sei's Panier!

Unterschiedene erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lieben alten Herrn und Ankeren von dem am 21. Januar erfolgten Tode ihres lieben alten Herrn

**Eugen Pfeiffer, Musikalienhändler** in Heidelberg, gezierend in Kenntnis zu setzen.

**Die Heidelberger Burschenschaft Franconia.**

J. A.: H. Kohlhepp, stud. math.

J. J. Annalenwart.

B.455.

Heidelberg, 21. Januar 1896.

## Todesanzeige.

Walshut. Tieferschütterung theilen wir Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Großvater und Schwiegervater

**Heinrich Zimmermann,**  
Buchdruckereibesitzer,

nach längerem Leiden im Alter von 65 1/2 Jahren heute Vormittag halb 12 Uhr durch einen Herzschlag plötzlich in ein besseres Jenseits abgerufen worden ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Walshut, den 21. Januar 1896.

Beerdigung: Donnerstag den 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr.

B.456.

## Planfertigung u. Bauleitung

**Fabrikanlagen, zu Dampf- & Wasserkraftanlagen p. p.**

übernimmt  
Civ.-Ing. **Wilh. Walz, Karlsruhe.**

## Bürgerliche Rechtsstreite.

B.416.2. Nr. 387. Baden. Der Anselm Braun in Baden klagt gegen den Gärtner Heinrich Rothweiler in Baden, J. St. an unbekanntem Orten, aus Miete, mit dem Antrage auf kostenfällige Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von 80 M., sowie das Urtheil für vorläufig vollstreckbar zu erklären, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Baden auf

Dienstag, den 10. März 1896, Vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung

wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Baden, den 18. Januar 1896.

Zeit, stellver. Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.

## Freiwillige Gerichtsbarkeit.

**Handelsregister-Einträge.**

B. 328. Ettlingen. Unter D. 3. 45 des diesseitigen Firmenregisters, Firma „E. Henkenius in Ettlingen“ wurde heute eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Ettlingen, 14. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht.

Zimpfer.

B.437. Nr. 895. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:

Zu D. 3. 231 Ges.Reg. Band VII. Mannheim als Zweigniederlassung mit dem Hauptstz in Ludwigshafen am Rhein:

Heinrich Siebrecht, Sigmund Rosenbaum und Carl Bod

in Mannheim sind als Prokuristen be-

stellt in der Weise, daß je zwei derselben gemeinsam, oder je einer derselben gemeinschaftlich mit einem weiteren Zeichnungsberechtigten zur Firmenzeichnung berechtigt sind.

Mannheim, 10. Januar 1896.

Gr. Amtsgericht II. Mittermaier.

B.436. Nr. 1297. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:

Zu D. 3. 189 Ges.Reg. Band VIII. zur Firma: „Rheinau Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim.

Hermann Henninger, Kaufmann in Mannheim, Johann Nicol. Sieber, Kaufmann in Mannheim und Carl Rah, Ziegeleidirektor in Rheinau, sind als Prokuristen bestellt in der Weise, daß jeder der beiden letztgenannten berechtigt ist, gemeinschaftlich mit Hermann Henninger die Firma zu zeichnen.

Mannheim, 10. Januar 1896.

Gr. Amtsgericht III. Mittermaier.

B.366. Nr. 173. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:

Zu D. 3. 321 Ges.Reg. Bd. VII. Firma: „Pfälzische Bank“ in Mannheim als Zweigniederlassung mit dem Hauptstz in Ludwigshafen a. Rh. Die außerordentliche Generalversammlung vom 23. Dezember 1895 hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zum Vollzuge des mit der Deutschen Union Bank in Mannheim abgeschlossenen Fusionsvertrages erhöht die Pfälzische Bank ihr Aktienkapital um 4.500.000 M., eingetheilt in 3750 Stück auf den Inhaber lautende, vollbezahlte Aktien à 1200 M. — mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1896 an, welche Aktien den Aktionären der Deutschen Union Bank im Sinne des Fusionsvertrages zur Verfügung gestellt werden.

2. Außer der durch die Fusion bedingten Kapitalerhöhung erhöht die Pfälzische Bank ihr Grundkapital um weitere 2415 Stück neu zu begebende, auf den Inhaber lautende Aktien à 1200 M., so daß die gesammte Erhöhung des Aktienkapitals 7.400.000 M. — sieben Millionen vierhundert tausend Mark beträgt. Die Ausgabe der zuletzt bezeichneten 2417 Aktien im Betrag von 2.900.000 M. darf nicht unter dem Course von 125 % erfolgen.

Mannheim, 9. Januar 1896.

Großh. Amtsgericht III. Mittermaier.

B.413. Nr. 2127. Heidelberg. 1. Zu D. 3. 350 Band I. des Firmenregisters wurde eingetragen:

Firma: Friedr. Methlow in Heidelberg. Die Firma ist als Einzelfirma erloschen.

Das Geschäft ist mit Aktiven und Passiven auf die offene Handelsgesellschaft, Firma „Friedr. Methlow & Sohn“ übergegangen.

2. Zu D. 3. 60 Band II. des Firmenregisters wurde eingetragen:

Die Firma „Friedr. Methlow & Sohn“ offene Handelsgesellschaft in Heidelberg.

Theilhaber der Firma sind: 1. Kaufmann Friedrich Methlow sen. dahier, verheiratet mit Luise, geb. Schulz von Reichholz. Die Güterrechtsverhältnisse derselben sind bereits unter D. 3. 350 Band II. des Firmenregisters veröffentlicht. 2. Der ledige Kaufmann Friedrich Methlow jun. dahier. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1896 begonnen.

Heidelberg, 10. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Reichardt.

B.414. Nr. 2595. Heidelberg. Zu D. 3. 543 Band II. des Firmenregisters wurde eingetragen:

Firma: G. Wappes in Heidelberg. Obige Firma ist erloschen.

Heidelberg, 15. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Reichardt.

B.383. Nr. 558. Wallbörn. Zu D. 3. 3 des Genossenschaftsregisters Rändlicher Creditverein Altheim, e. G. m. u. H., in Altheim wurde unterm heutigen eingetragen:

In der Generalversammlung vom 30. Dezember 1895 wurde als Vorstandsmitglied neu gewählt: Alois Spiesberger von Altheim als Direktor und Hauptlehrer Englert dort als Controleur.

Wallbörn, 16. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Geißler.

B.364. Nr. 1473. Mosbach. In das diesseitige Firmenregister wurde heute eingetragen:

1. Zu D. 3. 295, betreffend die Firma „Josef Straub“ in Willigheim: Die Firma ist erloschen.

2. Unter D. 3. 506 Firma: L. Weber in Willigheim. Inhaber Timus Weber in Willigheim, verheiratet seit 16. Juli 1885 mit Rosa, geb. Straub von da. § 1 des von demselben am 16. Juni 1885 geschlossenen Ehevertrags lautet: Jedes der Brautleute wirft von seinem gegenwärtigen Beibringen den Betrag von 50 M. in die Gütergemeinschaft ein, wodurch alles übrige, jegige und künftige Beibringen beider Theile von der Gütergemeinschaft ausgeschlossen und verlegenheitsweise erklärt ist.

Mosbach, 14. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Bächner.

B.411. Nr. 19. Baden. In das Gesellschaftsregister wurde heute eingetragen:

D. 3. 92: Firma Bankkommandite Baden-Baden — Meyer & Ditz in Baden. Die persönlich haftenden Inhaber dieser seit 1. Januar 1896 bestehenden Kommanditgesellschaft sind Stadtrath und Kaufmann Wilhelm Meyer in Baden und Kaufmann Emil Meyer dahier. Der erstere ist verheiratet mit Ida, geb. Großholz. Nach dem Ehevertrag vom 25. Mai 1868 wirft jeder Erbttheil 50 M. in die Gemeinschaft ein. Alles übrige Vermögen ist von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Baden, 2. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht I. Fr. Mallebrein.

B.435. Nr. 897. Wolfach. Zu D. 3. 188 des diesseitigen Firmenregisters, Firma „Josef Anton Moser zum Hirsch“ in Wolfach, wurde heute eingetragen:

Die dem August Moser in Wolfach unterm 8. Februar 1893 ertheilte Procura ist erloschen.

Wolfach, den 18. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Seif.

B.327. Nr. 378.441. Neustadt. Eingetragen wurde:

1. Zu D. 3. 69 des Gesellsch.Reg.: Die offene Handelsgesellschaft Düren & Paule in Wittise hat sich durch gegenseitige Uebereinkunft der Gesellschafter aufgelöst. Die Liquidation erfolgt durch den Theilhaber Rudolf Düren, welcher das Geschäft unter eigenem Namen als Einzelfirma weiterführt — s. D. 3. 116 des Firm.Reg.

2. Unter D. 3. 116 des Firm.Reg.: Firma Rudolf Düren in Wittise. Inhaber ist Rudolf Düren, lediger Kaufmann in Wittise, welcher das unter der Firma Düren & Paule seither bestandene Geschäft (D. 3. 69 des Ges.Reg.) allein weiterführt.

Neustadt, 11. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Gehard.

B.382. Nr. 334. Pfullendorf. In das diesseitige Firmenregister wurde heute zu D. 3. 20 Firma J. C. Mogger in Pfullendorf eingetragen:

Der Inhaber der Firma J. C. Mogger in Pfullendorf, Kaufmann Emil Mogger hier, hat sich mit Theresia Geiger von Ottobern verheiratet. Nach § 1 des Ehevertrags vom 21. August 1895 wirft jeder Theil den Betrag von 100 M. in die Gemeinschaft ein, wäh-

rend alles übrige, gegenwärtige wie zukünftige, bewegliche wie unbewegliche, aktive wie passive Vermögen beider Theile von der Gemeinschaft ausgeschlossen und für verlegenheitsweise erklärt wird.

Pfullendorf, 14. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Thoma.

B.326. Nr. 454. Meßkirch. Zu D. 3. 94 des Firmenregisters — Margard Walter, Mehl- und Victualienhandlung in Meßkirch — wurde eingetragen:

Inhaber der Firma ist nunmehr Wilhelm Walter in Meßkirch. Derselbe ist verheiratet seit 23. Oktober 1895 mit Elisabeth, geb. Reiz von Wackerhofen. Nach dem Ehevertrag d. d. Meßkirch, 16. Oktober 1895 wirft jeder Theil nur den Betrag von 50 M. in die Gemeinschaft ein, während alles übrige gegenwärtige und zukünftige, liegende und fahrende Vermögen von der Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt.

Meßkirch, 13. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Waag.

B.412. Nr. 806. Radolfzell. Zu D. 3. 56 des diesseitigen Gesellschaftsregisters, Fabrik von Maggis Nahrungsmitteln Aktiengesellschaft (Fabrique des produits alimentaires Maggi; The Maggi food works), Zweigniederlassung des Hauptstz in Kemptthal-Indau (Südt) in Singen" Bell. Seite 151 ist unterm heutigen eingetragen worden:

Kollektivprocura gemeinschaftlich mit einem der beiden andern Prokuristen wurde ertheilt am 18. Dezember 1895 dem Emil Lehmann in Trimbach, Kanton Solothurn.

Radolfzell, 15. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. v. Rüpplin.

B.373. Nr. 726. Donaueschingen. Zu D. 3. 14 des diesseitigen Genossenschaftsregisters, betr. den Vorshußverein Geisingen e. G. m. u. H., wurde heute eingetragen:

Vorshußverein Geisingen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Liquidation. Die Liquidation ist seit 16. November 1895 beendet und dadurch die Vollmacht der Liquidatoren Karl Hall und Karl Gulbin, beide in Geisingen, erloschen.

Donaueschingen, 14. Januar 1896.

Großh. bad. Amtsgericht. Bucherer.

## Stammholzversteigerung.

B.422.2. Das Großh. Hoffort- und Jagdamt Karlsruhe versteigert aus Abth. IV. 16 „Hammelsblöcke“ mit Borgfrist bis 1. Oktober d. J.

**Dienstag den 23. Januar 1896,** Vormittags 9 Uhr, im Porphyrsäulensaal des botanischen Gartens:

409 Forststämme I., II., III. u. IV. Klasse. Auszüge aus der Aufnahmsliste sind von dem diesseitigen Geffissen Kraus, Scheffelstraße 16, erhältlich.

## Kuchholzverkauf.

B.393.2. Großh. Bezirksforstrei Pforzheim versteigert aus Domänenwald Hagenhölz, 3-7 Kilomtr. von Bahnhstung, mit Borgfristbewilligung am

**Dienstag den 28. Januar d. J., Morgens 9 Uhr,**

im Seehaus: 191 Nadelstämme I., II. und III. Klasse, 759 dto. IV. und V. und 151 Stück Eichenholz, ferner 1790 dto. Fichtenstämme, 5090 Eichenstämme I. Klasse, 4690 dto. II., 6190 dto. III., 10050 dto. IV., 26960 Rebstücken und 24060 Bohnenstücken.

Aufstauszug für Stammholz und Auskunft durch die Forstwärter Mater, Messerschmidt und Kramer auf Seehaus, Künzele in Pforzheim und Bauer in Neffern, welche das Holz auch vorzeigen.